



LAND  
TIROL



# Gemeinwohl und Zugehörigkeit stärken

Umsetzungsstrategien  
zum Zusammenleben in Tirol  
ExpertInnenpositionen

3	<b>Einleitung</b>
4	<b>Strategien zur Umsetzung</b>
8	Handlungsfeld 1: <b>Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Leitbild</b>
13	Handlungsfeld 2: <b>Begegnungs- und Beziehungskultur im Kontext von Diversität</b>
16	Handlungsfeld 3: <b>Bildung und Qualifizierung</b>
22	Handlungsfeld 4: <b>Arbeitsmarkt und Wirtschaft</b>
26	Handlungsfeld 5: <b>Gesundheit und Soziales</b>
28	Handlungsfeld 6: <b>Wohnen und Freizeit</b>

---

## IMPRESSUM

### Medieninhaber und Herausgeber

Amt der Tiroler Landesregierung  
Abteilung Gesellschaft und Arbeit

Meinhardstraße 16  
6020 Innsbruck  
Tel. +43 512 508 807804  
E-Mail: [ga.integration@tirol.gv.at](mailto:ga.integration@tirol.gv.at)

### Prozessleitung und Text

Simon Burtscher-Mathis  
[www.soziologisch.com](http://www.soziologisch.com)

Fotos: shutterstock  
Layout: Prantner grafische Arbeiten

Juni 2019

Dieses Papier gibt nicht die Meinung des Landes wieder, sondern beinhaltet Anregungen und Vorschläge von ExpertInnen im Rahmen des Beteiligungsprozesses. In weiterer Folge ist zu prüfen, welche Anregungen in Tirol bereits umgesetzt sind und welche konkret aufgegriffen werden.

Die Ergebnisse im Prozess zur Erstellung des Leitbildes „Gemeinwohl und Zugehörigkeit stärken“ bestehen aus drei Teilen:

**Leitbild zum Zusammenleben in Tirol**  
**Umsetzungsstrategien zum Zusammenleben in Tirol - ExpertInnenpositionen**  
**Daten zum Zusammenleben in Tirol**

Alle drei stehen unter [www.tirol.gv.at/integration](http://www.tirol.gv.at/integration) zum Download zur Verfügung.

Damit Leitbilder Wirkung erzielen können, müssen ihre Ziele in Handlungsfelder und Strategien für die Praxis übersetzt werden.

Das vorliegende Papier beschreibt die Handlungsfelder, Strategien und Indikatoren, die zur Umsetzung der Leitlinien dienen und ist als Steuerungsinstrument und Teil der Steuerungsstrategie zur Umsetzung des Leitbildes zu verstehen. Die Schwerpunkte und Inhalte basieren auf den Ergebnissen der Ist-Stand-Analyse, des Monitoringberichts, der Online-Befragung und der Fokusgruppen. In den Handlungsfeldern werden ausgewählte strategische Ansatzpunkte, die in den nächsten Jahren verfolgt werden können, punktuell skizziert. Sie dienen als Impuls und können ergänzt wie auch weiterentwickelt werden.



# Strategien zur Umsetzung

Im Kontext der im Leitbild beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen und zunehmender Diversität stellt das Zusammenleben im Alltag neue Herausforderungen an die Tiroler Bevölkerung. Was es braucht sind lernende Haltungen, um sich eigenverantwortlich mit diesen Veränderungen auseinanderzusetzen und gemeinsam im Alltag Strategien für einen konstruktiven Umgang damit zu entwickeln. Die Entwicklung und Unterstützung einer lernenden Gesellschaft ist deshalb der Grundgedanke in der Umsetzungsstrategie und setzt dabei insbesondere auf die im Folgenden beschriebenen Strategien.

## Wissensbasiertes, professionelles Handeln stärken

Die Produktion, Reflexion und Anwendung von Wissen im Umgang mit Diversität in Forschung und Integrationspraxis erfolgen bisher weitgehend getrennt, was auf beiden Seiten mit eingeschränkten Perspektiven verbunden ist. Der wechselseitige Transfer von Wissen und Erfahrung aus der Forschung und der Integrationsfacharbeit muss gefördert und gestärkt werden. Dazu sind insbesondere folgende Strategien und Instrumente hilfreich:

- Monitoringinstrumente für Land und Gemeinden, um auf Basis von Fakten Diskurse und Maßnahmenentwicklung zu gestalten
- Zusammenführung von Fach- und Erfahrungswissen in Wissenschaft und Praxis sowie die Förderung von anwendungsorientierter Forschung & Entwicklung
- Ziel- und anwendungsorientierte Dialoge zwischen unterschiedlichen Handlungs- und Akteursebenen

Eine erste konkrete Umsetzungsmöglichkeit bietet sich in Form von Vertiefungsworkshops zu den Ergebnissen im Bericht „Daten zum Zusammenleben in Tirol 2019“ an.

## Diversitätskompetenz und Bewusstsein für soziale Ungleichheit fördern

Die AkteurInnen der Integrationslandschaft (Politik, Verwaltung, Fachinstitutionen, Vereine etc.) brauchen Formate und Instrumente zur konkreten Förderung von Diversitätskompetenz in Institutionen und Lebenswelten im Alltag. Dabei ist insbesondere auf die folgenden Kernkompetenzen zu fokussieren:

- Wissen und Bewusstsein über unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensweisen einschließlich der zugrundeliegenden sozialen Ungleichheiten
- Ambiguitätstoleranz (Unsicherheits- oder Ungewissheitstoleranz) – die Fähigkeit, mehrdeutige Situationen und widersprüchliche Handlungsweisen zu verstehen und damit umzugehen.
- Kompetenzen für die Gestaltung von Prozessen zwischen Gruppen unter der Bedingung von Machtungleichgewichten
- Umgang mit kontroversiellen Themen im Kontext von sozialer, ethnischer und religiöser Vielfalt<sup>1</sup>

Erste Umsetzungsmöglichkeiten bieten sich im Rahmen der Vermittlung des Leitbildes in Vorträgen, Lehrgängen und dialogischen Formaten an.

---

<sup>1</sup> Integrationspolitische Haltungen und Strategien im Umgang mit problematischen Entwicklungen und Milieus. Kenan Güngör und Eva Grabherr im Auftrag des Vorarlberger Landtags. Das Papier ist unter [https://vorarlberg.at/web/land-vorarlberg/contentdetailseite/-/asset\\_publisher/qA6AJ38txu0k/content/strategiepapier?article\\_id=314926](https://vorarlberg.at/web/land-vorarlberg/contentdetailseite/-/asset_publisher/qA6AJ38txu0k/content/strategiepapier?article_id=314926) herunterladbar.

## **Kooperationsstrukturen und -kulturen zur Bearbeitung von systemübergreifenden Zielen entwickeln**

Ziel der AkteurInnen in der Integrationslandschaft muss es sein, nicht nur eigene Projekte gut umzusetzen, sondern mit Blick auf die gemeinsamen Ziele Kooperationsmöglichkeiten zu suchen, die handlungsfelder- und systemübergreifende Entwicklungen ermöglichen. In der Zusammenarbeit von Erwachsenenbildung und Schule können, z.B. über Sprachkurse für Eltern während der Unterrichtszeit, Grundlagen für eine gute Zusammenarbeit mit den Eltern geschaffen werden. Die Kooperation von Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Schule ermöglicht die Verbindung von schulischen mit außerschulischen Lernräumen und die Entwicklung von Ganztagsbildungskonzepten. Diese Beispiele illustrieren, wie aus Kooperationen Entwicklungsmöglich-

keiten resultieren, die der Erreichung gemeinsamer Ziele dienen. Dafür müssen insbesondere folgende Kompetenzen und Bereiche gefördert werden:

- Lernende Haltungen – nicht die Bewertung und Abgrenzung (Unterscheidung) von anderen Projekten, sondern das Lernen aus guter Praxis und die Zusammenarbeit (Gemeinsamkeiten) müssen im Vordergrund stehen.
- Gemeinwesenarbeit auf kommunaler Ebene stärken

Zur Unterstützung bieten sich vor allem Förderstrukturen und Förderrichtlinien an. Außerdem sind moderierte Vernetzungsveranstaltungen zum Austausch guter Praxis in unterschiedlichen Handlungsfeldern denkbar.

## **Steuerungsstrukturen für eine lernende Gesellschaft mit selbstverantwortlichen Gemeinschaften**

Das vorliegende Papier zu den Umsetzungsstrategien geht vom Modell einer lernenden Gesellschaft im Umgang mit Diversität aus, die im Alltag in Form von handelnden AkteurInnen und Projekten sichtbar wird. Zur Umsetzung der Leitlinien und Strategien braucht es daher nicht nur Beiräte und Steuerungsgruppen in Politik und Verwaltung, sondern auch Steuerungsinstrumente, die die Entwicklung von lernenden Haltungen in der Integrationslandschaft unterstützen. Dazu empfehlen sich folgende Schritte:

- Die Leitlinien können als Grundlage in Förderstrukturen und Ausschreibungen integriert werden.

- Förderstrukturen und Ausschreibungen können lernende Haltungen und Kooperationen unterstützen.
- Monitoringinstrumente können für die Reflexion und Förderung von Kooperation genutzt werden.
- Ziele und Wirkungen, die in den unterschiedlichen Handlungsfeldern beschrieben werden, können auf Basis von Monitoringberichten regelmäßig mit den AkteurInnen gemeinsam reflektiert werden.
- Gezielte Angebote für die Wissens- und Kompetenzerweiterung und den Erwerb von Strategien und Werkzeugen, wie z.B. Vernetzungen zu guter Praxis und Fachforen, können die Entwicklung von lernenden Haltungen in der Integrationslandschaft unterstützen.

Zentrales Ziel ist es, mit den Steuerungsstrukturen eine breite Beteiligung, Vermittlung und Wirkung auf kommunaler und regionaler Ebene zu fördern.

## Bemerkungen zu den Bezugspunkten zwischen Leitlinien und Handlungsfeldern

Für ein besseres Verständnis der Umsetzungsstrategie werden im Folgenden die Bezugspunkte und Zusammenhänge zwischen den Leitlinien und den Handlungsfeldern aus der Steuerungsperspektive erläutert. Das Leitbild differenziert zwischen den Ebenen der System- und der Sozialintegration. Die Systemintegration betrifft die gesamtgesellschaftliche Integration ihrer Teilsysteme (Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Recht etc.) und das Ausmaß der Einbindung von Personen oder Personengruppen in das institutionelle Gefüge. Die Sozialintegration behandelt individuelle Eingliederungsprozesse von Menschen in gesamtgesellschaftliche Bezüge. Dabei wird zwischen der kognitiv-kulturellen (Kenntnisse von Sprache, Normen, Regeln etc.), der strukturellen (Qualifizierung und Positionierung etc.), der sozialen (Beziehungsnetzwerke) und der identifikativ-emotionalen Dimension (Identifikation, Verbundenheit etc.) von Eingliederung im Einwanderungsland unterschieden.<sup>2</sup> Wenngleich die Handlungsfelder Bezugspunkte zu unterschiedlichen Leitlinien aufweisen, verfolgen sie doch jeweils einen spezifischen Fokus. Um sicher zu stellen, dass alle Bereiche des Leitbildes auch in der Umsetzung behandelt werden, wird jeder Leitlinie zumindest ein Handlungsfeld zugeordnet.

Die Leitlinien „Orientierung schafft Sicherheit. Gesellschaftliche Veränderungen verstehen und gestalten“ und „Beziehung braucht Auseinandersetzung. Respektvolle Auseinandersetzung fördern, gemeinsame Werte und Normen erkennen“ setzen einen Schwerpunkt bei der gesamtgesellschaftlichen Systemintegration. Das Ziel „Gesellschaftliche Veränderungen verstehen und

gestalten“ wird über eine breite Auseinandersetzung im Handlungsfeld „Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Leitbild“ behandelt. Damit wird dem Bedarf nach Orientierung im Umgang mit gesellschaftlicher Entwicklung im Zuge von zunehmender Komplexität entsprochen. Das Ziel „Respektvolle Auseinandersetzung fördern, gemeinsame Werte und Normen erkennen“ macht auf den Bedarf an gemeinsamen Umgangsformen im Kontext von zunehmender Diversität aufmerksam. Dies wird im Handlungsfeld Begegnungs- und Beziehungskultur bearbeitet. In diesen Handlungsfeldern werden bewusst systemübergreifend Grundlagen für Solidarität und Gemeinschaft thematisiert.

Die Leitlinien „Kooperation stärkt Zusammenhalt. Perspektivenwechsel von den Unterschieden zu den Gemeinsamkeiten“ und „Gesellschaftliche Entwicklung benötigt individuelle Potenziale. Chancengerechtigkeit, Anerkennung und Verbundenheit fördern“ setzen den Schwerpunkt bei der Sozialintegration von Menschen. Der Perspektivenwechsel von den Unterschieden zu den Gemeinsamkeiten wird im Handlungsfeld „Wohnen und Freizeit“ bearbeitet und hilft die soziale und identifikativ-emotionale Integration zu fördern. Kooperation in gemeinsamen Aktivitäten im Wohn- und Lebensraum entlang von gemeinsamen Bedürfnissen und Zielen stärkt Beziehungen und Zugehörigkeit zwischen Menschen ungeachtet wahrgenommener Gruppengrenzen. Die Förderung von Chancengerechtigkeit und Verbundenheit steht in den Handlungsfeldern „Bildung und Qualifizierung“, „Arbeit und Wirtschaft“ sowie „Gesundheit und Soziales“ im Vordergrund. Die Unterstützung und Förderung in Aus- und Weiterbildung, im Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Gesundheits- und Sozialleistungen ermöglichen die kognitiv-kulturelle und strukturelle Integration und stärken das Vertrauen in die und die Verbundenheit mit der Gesellschaft.

<sup>2</sup> Vgl. Esser H. (2001): Integration und ethnische Schichtung, Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 40.

Vgl. Fassmann, Heinz (2006): Der Integrationsbegriff: missverständlich und allgegenwärtig – eine Erläuterung. In: Oberlechner, Manfred (Hg.): Die missglückte Integration. Wege und Irrwege in Europa. Reihe Sociologica, Herausgegeben von Hilde Weiss und Christoph Reinprecht. Band 10. Braumüller. S225-238.



## Übersicht zu den Leitlinien und Handlungsfeldern

Leitlinie	Systemintegration	Sozialintegration	Handlungsfelder
Orientierung schafft Sicherheit. Gesellschaftliche Veränderungen verstehen und gestalten	System- und handlungsfelderübergreifende Auseinandersetzung mit dem Leitbild		1 - Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Leitbild
Beziehung braucht Auseinandersetzung. Respektvolle Auseinandersetzung fördern, gemeinsame Werte und Normen erkennen	Gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für den Bedarf an gemeinsamen Umgangsformen im Kontext zunehmender Diversität		2 - Begegnungs- und Beziehungskultur im Kontext von Diversität
Kooperation stärkt Zusammenhalt. Perspektivenwechsel von den Unterschieden zu den Gemeinsamkeiten		Soziale und identifikative Integration	6 - Wohnen und Freizeit
Gesellschaftliche Entwicklung braucht individuelle Potenziale. Chancengerechtigkeit und Verbundenheit stärken		Kognitiv-kulturelle und strukturelle Integration	3 - Bildung und Qualifizierung 4 - Arbeit und Wirtschaft 5 - Gesundheit und Soziales

# Handlungsfeld 1: Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Leitbild

Leitbilder werden vielfach nur von Fachpersonen in den betroffenen Handlungsfeldern wahrgenommen und diskutiert. Die vielzitierte „Querschnittsmaterie Integration“ bleibt dann auf die Fachdebatten in ausgewählten Systemfeldern beschränkt. Die Mehrheit der Bevölkerung wird hingegen nicht eingebunden bzw. erreicht. Dementsprechend war die breite Diskussion und Vermittlung des Leitbildes und seiner Leitlinien in der Bevölkerung ein vielfach geäußertes Anliegen, sowohl in der Online-Befragung als auch in den Fokusgruppen. Ziel ist es, die Wirksamkeit des

Leitbildes zu erhöhen, indem die gemeinsame Verantwortung aller Menschen in Tirol für das Zusammenleben bewusst und mit den Leitlinien als Orientierungsrahmen dafür vermittelt wird. Dazu benötigt es neue Strategien für den Transfer und die Partizipation sowie die Öffentlichkeitsarbeit, um neue Zielgruppen zu erreichen. Deshalb wird im Bereich der Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit ein Schwerpunkt gesetzt, der der Umsetzung der **Leitlinie „Orientierung schafft Sicherheit. Gesellschaftliche Veränderungen verstehen und gestalten“** dient.

## Befunde zum Ist-Stand

Die Online-Befragung und die Fokusgruppen zur Erstellung des neuen Leitbildes haben den großen Bedarf nach Orientierung und Sicherheit im Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen sichtbar gemacht. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass es eine Kluft zwischen dem Informations- und Wissensstand der Bevölkerung und den professionell tätigen Fachpersonen gibt, die zunimmt und in der Fachdebatte vielfach übersehen wird. Sichtbar wird dies z.B. beim Antwortverhalten der AkteurInnen in der Integrationslandschaft Tirol auf die Fragen im Spezial-Eurobarometer „Integration von Zuwanderern in die Europäische Union“<sup>3</sup>, das sich stark von dem der Gesamtbevölkerung Österreichs unterscheidet.

In den Unterschieden im Antwortverhalten werden unterschiedliche Einstellungen und Haltungen in Bezug auf Zuwanderung und Integration sichtbar, die in ihrer Bedeutung reflektiert werden müssen.

Bei der Interpretation der Antworten ist jedoch darauf zu achten, dass, wie auch der Tiroler Integrationsmonitor<sup>4</sup> belegt, die Bevölkerung abhängig vom konkreten Bereich des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, die Auswirkungen von Zuwanderung unterschiedlich wahrnimmt.

Die Ergebnisse des Tiroler Integrationsmonitors zeigen zudem, dass Meinungen der Befragten zu Zuwanderung und Zugewanderten bzw. Flüchtlingen abhängig von der Zugehörigkeit zu soziodemographischen Gruppen, von der direkten

<sup>3</sup> Vgl. European Commission (2018) Special Eurobarometer 469: Integration of Immigrants in the European Union; Die Ergebnisse sind unter <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/special/surveyky/2169> herunterladbar.

<sup>4</sup> <https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/integration/themen/integrationsmonitor-2017/>



Begegnung mit Geflüchteten und nach den grundlegenden Einstellungen der Befragten zum Leben in Tirol variieren.

Am Beispiel der Fragen zur Flüchtlingsintegration wird weiters sichtbar, dass die Mehrheit der Befragten sowohl positive als auch negative Gefühle gegenüber Flüchtlingen empfindet und deshalb nicht generell von einer Spaltung in IntegrationsbefürworterInnen und Integrations-

gegnerInnen gesprochen werden kann.

Im direkten Vergleich fühlen sich Personen, die in Tirol im Bereich Integration tätig sind, überwiegend (87%) sehr gut bzw. ziemlich gut über Fragen im Zusammenhang mit Zuwanderung und Integration informiert, nur ein sehr kleiner Teil (13%) fühlt sich nicht gut bzw. überhaupt nicht informiert. Umgekehrt fühlt sich die Mehrheit der Gesamtbevölkerung in Österreich (56%) nicht gut bzw. überhaupt nicht gut informiert.

Wie gut bzw. schlecht sind Sie Ihrer Meinung nach insgesamt über Fragen im Zusammenhang mit Zuwanderung und Integration informiert?	Integrationsleitbild Tirol n=218 (Tiroler IntegrationsakteurInnen)	Eurobarometer n=1012 (Bevölkerung allgemein)
Sehr gut informiert	26	6
Ziemlich gut informiert	61	36
Nicht gut informiert	12	40
Überhaupt nicht informiert	1	16
Weiß nicht	1	2

Zuwanderung aus Ländern außerhalb der EU ist für fast die Hälfte (48%) der Befragten in der Online-Befragung im Integrationsleitbild Tirol eher eine Chance und nur für 5% eher ein Problem.

In der Gesamtbevölkerung in Österreich wird sie hingegen von 37% eher als Problem und nur von 13% eher als Chance wahrgenommen.

Glauben Sie, dass die Zuwanderung aus den Ländern außerhalb der EU heute insgesamt eher ein Problem oder eher eine Chance für Tirol ist?	Integrationsleitbild Tirol n= 219	Eurobarometer n= 1012
Zuwanderung ist eher ein Problem	5	37
Zuwanderung ist in gleichem Maße ein Problem und eine Chance	42	40
Zuwanderung ist eher eine Chance	48	13
Zuwanderung ist weder ein Problem noch eine Chance	5	8
Weiß nicht	1	2

Auch in den unterschiedlichen Fragen zum Einfluss von ZuwanderInnen auf die Gesellschaft in Tirol ist das Antwortverhalten in der Online-Befragung im Rahmen des Integrationsleitbildes in Tirol deutlich positiver als in der Eurobarometer-Umfrage der Gesamtbevölkerung in Öster-

reich. Am deutlichsten wird dies im Antwortverhalten auf die Frage nach der Belastung für das Sozialsystem, Kriminalitätsproblemen und der Verdrängung von ÖsterreicherInnen durch ZuwanderInnen am Arbeitsmarkt (Angaben in Prozent).

<b>Es gibt verschiedene Ansichten hinsichtlich des Einflusses von ZuwanderInnen auf die Gesellschaft in Tirol. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu bzw. nicht zu? Im Allgemeinen...</b>	<b>Integrationsleitbild Tirol n= 217</b>	<b>Eurobarometer n=1012</b>
tragen ZuwanderInnen dazu bei, Stellen zu besetzen, für die man in Tirol nur schwer Arbeitskräfte findet	88	67
bereichern ZuwanderInnen das kulturelle Leben (Kunst, Musik, Essen usw.)	96	65
sind ZuwanderInnen eine Belastung für das Sozialsystem	18	71
verschlimmern ZuwanderInnen die Kriminalitätsprobleme in Tirol/Österreich	20	70
haben ZuwanderInnen einen positiven Einfluss auf die Tiroler/österreichische Wirtschaft	90	47
bringen ZuwanderInnen neue Ideen mit und/oder steigern die Einführung von Neuerungen in Tirol/Österreich	80	52
nehmen ZuwanderInnen Arbeitskräften in Tirol/Österreich den Job weg	3	45

## **Ziele: Was sind die zentralen Herausforderungen**

Zentrale Einflussgrößen für diese unterschiedlichen Einschätzungen und Antworten in der Integrationsszene sind die unterschiedlichen

Berührungspunkte im Alltag. Denn die beruflich bedingte Auseinandersetzung ist mit Kontakten, Erfahrungen und Wissen verbunden.

Dies spiegelt sich auch in der folgenden Tabelle zur Frage nach persönlichen Beziehungen mit ZuwanderInnen im Alltag wider.

<b>Bitte sagen Sie mir, welche der folgenden Aussagen am besten auf Sie zutrifft?</b>	<b>Integrationsleitbild Tirol n= 217</b>	<b>Eurobarometer n=1012</b>
<b>Sie haben Freunde, die ZuwanderInnen sind und derzeit in Tirol/Österreich leben</b>	<b>53</b>	<b>28</b>
<b>Sie haben sowohl Freunde als auch Familienmitglieder, die ZuwanderInnen sind und derzeit in Tirol/Österreich leben</b>	<b>26</b>	<b>8</b>
<b>Es gibt Mitglieder in Ihrer Familie, die ZuwanderInnen sind und derzeit in Tirol/Österreich leben</b>	<b>8</b>	<b>6</b>
<b>nichts davon</b>	<b>12</b>	<b>57</b>
<b>weiß nicht</b>	<b>1</b>	<b>1</b>

Hier zeigt sich ein sehr deutlicher Unterschied in den Ergebnissen im Eurobarometer für Österreich und bei der Befragung der IntegrationsakteurInnen in Tirol. Insgesamt haben die IntegrationsakteurInnen deutlich häufiger Freunde, Familienmitglieder oder beides, die einen Migrationshintergrund haben. Sie haben also sowohl beruflich als auch privat deutlich häufiger Kontakt zu Zuwanderungsgruppen. Auf Basis der Kontakthypothese von Allport<sup>5</sup> kann davon ausgegangen werden, dass sich dies auf ihre Wahrnehmungsmuster und Einstellungen auswirkt und sie dementsprechend weniger Ängste und Verunsicherungen sowie Vorurteile haben.

Große Teile der Bevölkerung verfügen hingegen weder über Erfahrungen noch über Wissen zum Thema und sind somit darauf angewiesen, sich über Erzählungen im Lebensumfeld und Informationen aus den Medien selbst zu orientieren. Es ist eine zentrale Aufgabe der Integrationsfacharbeit und der Politik diese Kluft im Wissensstand zu reflektieren und Strategien für die Vermittlung

von Wissen an die Bevölkerung zu entwickeln. Wenn Menschen Veränderungen verstehen und Möglichkeiten zur Gestaltung erhalten, entsteht Orientierung, die Sicherheit schafft.

Von großer Bedeutung für den öffentlichen Diskurs sind jene Teile der Bevölkerung, die bisher wenig in den Integrationsdiskurs und die Gestaltung des Zusammenlebens eingebunden waren. Die Problematisierung von Flucht und Zuwanderung durch Politik und Medien ist zu einem Teil auf das fehlende Wissen und die damit verbundene Verunsicherung in jenen Teilen der Bevölkerung zurückzuführen, die wenig oder keinen Kontakt zu zugewanderten und geflüchteten Menschen haben. Um diese negative Spirale durchbrechen zu können, braucht es Angebote zur Auseinandersetzung und Beteiligung, die neue Zielgruppen erreichen. Diese Arbeit muss durch Öffentlichkeitsarbeit ergänzt werden, in der einerseits die Ist-Situation und die Herausforderungen kritisch reflektiert und andererseits erfolgsversprechende Strategien sichtbar gemacht werden.

<sup>5</sup> Allport, Gordon W (1954/1975) *The Nature of Prejudice*; Basic Books (deutsch: *Die Natur des Vorurteils*; Kiepenheuer & Witsch, 1971). Pettigrew, Thomas F / Tropp, Linda R (2006) *A Meta-analytic Test of Intergroup Contact Theory*; *Journal of Personality and Social Psychology* 90/5:751-783.

## Ziele: Was sind die zentralen Herausforderungen

### Die Zugänglichkeit des Leitbildes unterstützen

- Inhalte der Integrationsarbeit mit Bezügen zu Alltagswelten und Bedürfnissen, Bedenken und Ängsten aller Bevölkerungsgruppen behandeln. Und dabei Gemeinsamkeiten hervorheben, ohne Gleichheit zu verordnen
- Regionale und kommunale Unterschiede (Stadt/Land) berücksichtigen

### Beteiligung der Zivilbevölkerung unterstützen

- Anreize für Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilbevölkerung aktiv anbieten und fördern
- Zielgruppenorientierte Bewusstseinsbildung mit relevanten Themen (z.B Land: regionale Arbeitsplätze, Umweltschutz) koppeln
- Leitbild aktiv an Vereine kommunizieren und Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen

### Verständnis von Integration als gutes Zusammenleben vermitteln

- Das Gemeinwohl mit der individuellen Selbstverwirklichung vereinbaren
- Kollektive und individuelle Dimensionen von Integrationsprozessen verständlich machen
- Diversität auch in der einheimischen

## Indikatoren: Woran erkennen wir die Wirkung?

### Zur Beobachtung der Entwicklung können folgende Indikatoren genutzt werden:

- Quantität und Qualität der Vermittlungsaktivitäten

Bevölkerung sichtbar machen – Miteinander und Nebeneinander schließen einander nicht aus, sondern müssen in ihrer Bedeutung für verschiedene Lebensbereiche reflektiert werden.

### Positive Gegenbilder und übertragbare Geschichten und Narrative verbreiten

- Positive Beispiele im Umgang mit Diversität aufzeigen und zugänglich machen
- Öffentlichkeitswirksame Korrektur medial falscher dargestellter Sachverhalte – Argumentation mit Zahlen und Fakten
- Vorbilder einsetzen (Sportler, Prominente etc.), die den Blick auf die Fähigkeiten der Menschen lenken
- Plattform schaffen, die Zugewanderte zu sprechenden Subjekten werden lässt
- Zugang über Humor erleichtern, einfache Stilmittel und soziale Medien verwenden

### Ziele in den Maßnahmen realistisch und operativ umsetzbar formulieren

- 3 Schritte: Herausforderungen analysieren und beschreiben – Ziele und Maßnahmen ableiten – Wirkungen dokumentieren
- Integration als langfristigen Prozess begreifen und kommunizieren: Auf operativer Ebene zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen unterscheiden und Ergebnisse sichtbar machen

- Referenz- und gute Praxisprojekte mit Bezug zum Leitbild und seinen Zielen in den Handlungsfeldern
- Ergebnisse des Tiroler Integrationsmonitors (wird in regelmäßigen Abständen wiederholt)

## Handlungsfeld 2: Begegnungs- und Beziehungskultur im Kontext von Diversität

Die Auflösung von Gemeinschafts- und Solidarstrukturen im Zuge der Ausdifferenzierung der Gesellschaft wurde in der Ist-Stand-Analyse, der Online-Befragung und den Fokusgruppen thematisiert. Die Herausforderung, im Zuge von zunehmender Diversität Umgangsformen für ein gutes Zusammenleben zu schaffen, ist eine Kernaufgabe für die nächsten Jahre.

Wir müssen lernen, über das Zusammenleben unter der Bedingung von unterschiedlichen Wertvorstellungen zu reden und gemeinsame Bedürfnisse zu erkennen, die uns helfen, Unterschiede im Alltag zu überbrücken. Deshalb wird der Begegnungs- und Beziehungskultur bewusst

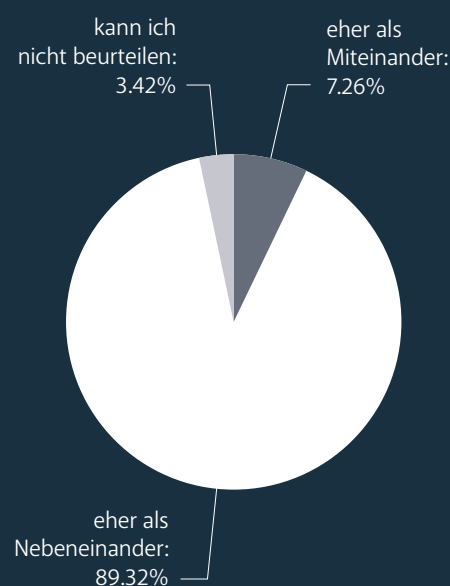
ein eigenes Handlungsfeld gewidmet mit dem Ziel, gemeinsame Grundlagen für das Verständnis von Integration und Zusammenleben in unterschiedlichen Lebensbereichen im Alltag zu bearbeiten. Dabei muss sowohl auf die Wirkung von Gruppenidentitäten in Form von Wir-Sie-Bildern einschließlich damit verbundener Gefahren von Segregation und Abgrenzung, Diskriminierung und Ausgrenzung eingegangen werden als auch auf Formen von politischer und religiöser Radikalisierung und Extremismus. Das Handlungsfeld orientiert sich damit an der **Leitlinie „Beziehung braucht Auseinandersetzung. Respektvolle Auseinandersetzung fördern, gemeinsame Werte und Normen erkennen“**.

### Befunde zum Ist-Stand

Das Zusammenleben zwischen den unterschiedlichen Gruppen wird in der Online-Befragung und auch in den Fokusgruppen vielfach als ein Nebeneinander beschrieben.

#### Grafik:

Würden Sie das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten eher als Miteinander oder als Nebeneinander beschreiben? n=234



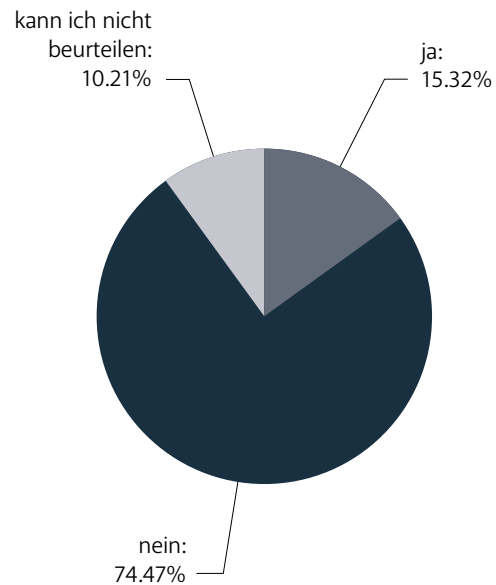
Dieses Nebeneinander wird aber grundsätzlich nicht als Problem, sondern als Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen verstanden. Problematisch wird es vor allem dann beurteilt, wenn

damit Erfahrungen von Entfremdung und Segregation verbunden sind, die zu Angst und Verunsicherung im Umgang miteinander führen oder wenn sich segregierte Gruppen radikalieren.

### Grafik:

Gibt es Ihrer Meinung nach im Alltag (Wohnen, Schule, Freizeit, Vereine etc.) ausreichend Begegnung und Kontakt zwischen Einheimischen und Zugewanderten in Tirol?

n=235



## Strategien: Wie können wir das erreichen?

### Das Land Tirol übernimmt im Umgang mit Diversität eine Vorreiterrolle

- Bekenntnis zu Tirol als Einwanderungsland
- Diversitätsorientierte Organisationsentwicklung (nach dem Vorbild von z.B. Wien, Berlin oder München) inklusive aktiver Bemühungen Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Sektor anzustellen
- Umsetzung bestehender gesetzlicher Vorgaben zur Gleichbehandlung in Verwaltung einfordern und kontrollieren

### Wertschätzende Haltungen stärken

- Umgang mit Diversität als demokratische Kernkompetenz vermitteln
- Diversität als Chance und Bereicherung für

alle erfahrbar machen – Neugier statt Angst  
– Differenz als Ressource, nicht als Defizit verstehen

- Mehrsprachigkeit wertschätzen, aber gleichzeitig das Thema Diversität nicht auf Sprache reduzieren

### Menschenrechte und Verfassung als Grundlage des Zusammenlebens für alle vermitteln

- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Vorurteile wie auch ihre Konsequenzen thematisieren: Rassismus und Diskriminierung als Bedrohung von Vertrauen und Zusammenhalt in der Gesellschaft sichtbar machen (z.B. Sprache als Vorwand für Ausgrenzung: Korrektheit vs. Akzentfreiheit).
- Maßnahmen gegen politische, rassistische und religiöse Radikalisierung
- Einflüsse von Religion und politischen Einstellungen auf Begegnung reflektieren (z.B. im Umgang zwischen Menschen mit und ohne Religionsbekenntnis)



### **Begriffe sensibel verwenden**

- „Integrationsbegriff“ muss diskutiert werden – abgegriffene Bedeutungen und negative Konnotationen ansprechen; negativ konnotierte Ausdrücke vermeiden (Schuld, Pflicht etc.)
- Wir-Sie-Bilder sichtbar machen und auflösen
- „Gerechtigkeit“ statt „Fairness“, um ethische Dimension zu betonen

### **Begegnungs- und Diskursräume schaffen**

- Vorhandene Begegnungsräume (Schulen, Ämter etc.) nützen und neue schaffen (niederschwelliger Zugang ohne Anforderungen wie Konsumzwang)
  - Teilnahme an Angeboten wie z.B. Frauencafés durch MultiplikatorInnen steigern (Mundpropaganda)
  - Veranstaltungen wie Straßenfeste organisieren
- Aktiv auf Vereine, Moscheeverbände etc. zugehen und sie in Diskurse einbinden

### **Empowerment durch politische Partizipation**

- Zugewanderte dabei unterstützen, politische Ämter zu bekleiden

### **Debatten im öffentlichen Raum beleben**

- Diskussionskultur fördern: Meinungen, Einstellungen, Ängste etc. zu kontroversen Themen müssen in einem geschützten Raum aufeinandertreffen können; konstruktive und interessante Streitformate entwickeln (z.B. „Österreich spricht“<sup>6</sup>)
- Kritische Themen unabhängig von parteipolitischen Linien mit Einbindung von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und AkteurInnen diskutieren – Wertorientierungen müssen für die ganze Gesellschaft thematisiert werden.
- Gezielte Vermittlung von hilfreichen Wissen und Kompetenzen für das Führen von kontroversiellen Diskussionen mit unterschiedlichen Werthaltungen in Schulen, Aufklärungsinitiativen etc.

## **Indikatoren: Woran erkennen wir die Wirkung?**

### **Zur Beobachtung der Entwicklung können folgende Indikatoren genutzt werden:**

- Diversitätsmonitoring auf Landes- und Kommunalebene
- Mediendokumentation zu Veranstaltungen und Aktivitäten
- Gleichbehandlungs- und Diskriminierungsberichte

---

<sup>6</sup> Österreich spricht ist eine Initiative der Zeitung „Der Standard“, die Menschen unterschiedlicher politischer Meinung zusammen bringt. Ziel ist es, auf Augenhöhe über polarisierende Themen zu diskutieren.

# Handlungsfeld 3:

## Bildung und Qualifizierung

Bildung ist eine wesentliche Ressource für die Förderung von struktureller Integration auf individueller Ebene. Ohne qualifizierte Ausbildung ist eine erfolgreiche Berufslaufbahn (Arbeitsmarktintegration), die den Lebensunterhalt und die persönliche Entwicklung sichert, nur erschwert möglich. Sie entscheidet über die Entwicklung individueller Potenziale und fördert damit auch das Gemeinwohl. Menschen haben abhängig von ihrer sozialen Herkunft einen unterschiedlichen Zugang zu den Ressourcen<sup>7</sup>, die für eine gute Ausbildung entscheidend sind. Zentrales Anliegen im Handlungsfeld Bildung ist es, den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen einen, ihren spezifischen Bedarfen entsprechenden, Zugang zu Bildungsressourcen zu ermöglichen.

Bildung ist gleichzeitig eine Voraussetzung für Partizipation, Teilhabe und den Zugang zu so-

zialen Gruppen, Milieus und Netzwerken. Damit stärkt sie die Verbundenheit und die Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Dazu zählt insbesondere auch der Erwerb der deutschen Sprache als notwendige Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe.

Für die Zukunft ist es deshalb besonders wichtig, in der Planung von Bildungsangeboten die verschiedenen Funktionen von Bildung für die Integrationsprozesse von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen und die Landschaft der Bildungsangebote für Kinder und Erwachsene in ihrer Komplementarität zu verstehen. Die Strategien und Umsetzungen im Handlungsfeld Bildung und Qualifizierung tragen zur Umsetzung der **Leitlinie „Gesellschaftliche Entwicklung benötigt individuelle Potenziale. Chancengerechtigkeit, Anerkennung und Verbundenheit fördern“** bei.

### Befunde zum Ist-Stand

Die in den „Daten zum Zusammenleben in Tirol 2019“<sup>8</sup> im Bereich Bildung dargestellte positive Entwicklung in der zweiten Generation türkischer Herkunft (weniger frühe Schulabgänger, weniger NEETs „Not in Education Employment or Training“) verdeutlicht das Potenzial für Integra-

tion im Bildungssystem. Auch bei den Bildungsstandards in der achten Schulstufe Mathematik haben sich die Gruppenunterschiede hinsichtlich Migrationshintergrund und familiärer Herkunft verringert, was als Indikator für den Ausgleich von sozialen Unterschieden gedeutet werden kann. In den Allgemeinen Sonderschulen sind SchülerInnen mit Migrationshintergrund jedoch weiterhin überrepräsentiert und in höherbildenden Schulen unterrepräsentiert.

<sup>7</sup> vgl. Burtscher, Simon (2009): Zuwandern – aufsteigen – dazugehören: Etablierungsprozesse von Eingewanderten. Innsbruck/Wien/Bozen (= transblick, Band 4).

vgl. Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten (= Soziale Welt, Sonderband 2). Göttingen, S. 183-198.

<sup>8</sup> siehe Gächter, August (2019): Daten zum Zusammenleben in Tirol 2019 unter [www.tirol.gv.at/integration](http://www.tirol.gv.at/integration)

In den 2010er Jahren sind sowohl in den Pädagogischen Hochschulen in Tirol als auch im ehemaligen Landesschulrat (nunmehr: Bildungsdirektion) Kompetenzstrukturen für die Bedeutung der Förderung von bildungsbenachteiligten Gruppen entstanden. Die Vermittlung dieser Kompetenzen wurde begonnen, sie sind aber noch nicht vollständig im System verankert. Mit der Neueinrichtung der Bildungsdirektionen wurde auch ein Fachbereich für Inklusion, Diversität und Sonderpädagogik (FIDS) mit neun vollzeitäquivalenten Stellen eingerichtet. Die Wirkung dieser Fachbereiche lässt sich derzeit noch nicht einschätzen, da sie erst am 1.9.2018 installiert wurden.

Im Bereich der Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Erstsprache im Bildungssystem wurden in den letzten Jahren viele unterschiedliche Bemühungen gesetzt, die insbesondere zu einer quantitativen Ausweitung von Förderressourcen und zur Sensibilisierung für das Thema Sprachförderung im Kontext von Mehrsprachigkeit beigetragen haben. Dementsprechend ist Mehrsprachigkeit für die Pädagogische Hochschule Tirol heute eine Facette von Heterogenität, die sie an die Studierenden vermittelt. Auch sprachsensibler Unterricht ist als Thema an der PH Tirol verankert. In den Kindergärten und Schulen wird flächendeckend Sprachförderung durchgeführt, verbindliche Standards und eine flächendeckende Qualitätssicherung fehlen jedoch.

Stark ausgeweitet wurde in den letzten Jahren das Feld der Schulsozialarbeit. Damit ist eine Kompetenzstruktur für das Zusammenleben im Sozialraum Schule entstanden. Durch ihre Sozialraumorientierung ist sie ein Bindeglied zwischen dem Lebens- und Sozialraum der SchülerInnen und der Schule. Die Wirkung der Schulsozialarbeit entsteht dadurch, dass sie zwischen Perspektiven, Interessen und Bedürfnissen vermittelt. Sie hilft den Kindern und Lehrpersonen dabei, Konflikte zu lösen sowie Formen für ein gutes Zusammenleben zu finden und liefert damit Beispiele und Methoden guter Praxis.

Durch neue Zuwanderung, wie z.B. die Fluchtmigration von 2015-2017, ist auch das Bildungssystem mit einer zunehmenden Diversität konfrontiert: Es gibt Gruppen, die intensive Begleitung bei der Eingliederung ins Bildungssystem sowie eine Heranführung an den Arbeitsmarkt brauchen, z.B. unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und niedrigqualifizierte Frauen und Männer.

Die Mehrheit der Befragten (53%) in der Online-Befragung findet die Angebote zur Förderung eines chancengerechten Zugangs zu Bildung nicht ausreichend. Inwieweit diese Beurteilungen auf Basis von detaillierten Kenntnissen der Angebote erfolgten, kann nicht beurteilt werden.

#### **Der Großteil fordert**

- zusätzliche Angebote und finanzielle oder personelle Ressourcen im Bildungsbereich,
- eine Ausweitung von Angeboten zur Nachhilfe und Lernbetreuung,
- Unterstützung und Sensibilisierungsmaßnahmen für PädagogInnen und eine stärkere Diversitätsorientierung der Ausbildung (insbesondere im Bereich der Kindergartenpädagogik) und
- keine Separierung in eigene (Deutsch) Förderklassen, sondern Integration in den Regelschulbetrieb.

Die Mehrheit (59%) der Befragten glaubt weiters nicht, dass die PädagogInnen ausreichend für die Wirkung und den Umgang mit Ausgrenzung und Diskriminierung sensibilisiert sind. Das Thema Diskriminierung befindet sich in weiten Teilen des Bildungswesens vielmehr nach wie vor im Randbereich. Vereinzelt gibt es SchulleiterInnen oder Lehrpersonen, die das Thema als Einzelpersonen ansprechen, aber es gibt wenig Kultur im Umgang mit Diskriminierung und Alltagsrassismus.

## Schwerpunkte bei Förderbereichen für die Zukunft im Bildungssystem

Im Bildungsbereich gibt es unterschiedliche Bereiche, die zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund beitragen. Die TeilnehmerInnen in der Online-Befragung wurden deshalb gefragt, welche der folgenden

Bereiche ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren besonders wichtig sind.

Die Bereiche wurden nach der Summe der Antworten mit sehr wichtig und wichtig geordnet (in Prozent, n= 251, Skala 1 sehr wichtig bis 5 nicht wichtig; in der Tabelle sind nur Antworten mit 1 sehr wichtig und 2 wichtig abgebildet).

	Sehr wichtig	wichtig	Summe
<b>Förderung der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Bildungseinrichtungen</b>	69	28	97
<b>Deutschförderung für SchülerInnen mit Flucht- oder Migrationshintergrund</b>	71	26	97
<b>Sprachfördermodelle und Methoden, die die Mehrsprachigkeit der SchülerInnen mit Flucht- oder Migrationshintergrund als Chance begreifen</b>	72	23	95
<b>Kompetenz im Umgang mit Diversität und Antidiskriminierung in Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen)</b>	71	24	95
<b>Pflichtschulabschlussprogramme</b>	66	28	94
<b>Bildungs- und Berufsorientierung für Kinder und ihre Eltern</b>	58	36	94
<b>außerschulische Angebote in Vereinen und anderen Einrichtungen zur Förderung der Integration</b>	54	39	93
<b>Lern- und Nachhilfeprogramme für SchülerInnen mit Flucht- oder Migrationshintergrund</b>	61	32	93
<b>Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen an den Übergängen (Kindergarten/Volksschule, Volksschule/ Mittelschule/Gymnasium)</b>	60	30	90
<b>Frühe Sprachentwicklungsförderung für Kinder von 0 bis 3 Jahren und ihre Eltern</b>	66	21	87
<b>Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und externen AkteurInnen (Vereine, Jugendarbeit etc.)</b>	47	40	87
<b>Übergangsklassen für minderjährige Flüchtlinge</b>	39	29	68

Alle in der Befragung angeführten Bereiche werden als wichtig erachtet und erhalten hohe Zustimmung. Die höchste Zustimmung erhalten die Förderung der Zusammenarbeit zwischen

Eltern und Bildungseinrichtungen, Deutschförderung, Sprachfördermodelle, die Mehrsprachigkeit als Chance begreifen und Kompetenz im Umgang mit Diversität.

## **Ziele und Strategien: Was sind die zentralen Herausforderungen und wie können wir diese bewältigen?**

### **Verringerung von sozialer Ungleichheit zur Förderung von Gemeinwohl**

Wenngleich, wie die Zahlen in den „Daten zum Zusammenleben in Tirol“ zeigen, Bildungsaufstiege zwischen den Generationen zu beobachten sind, hängt der Bildungserfolg weiterhin stark vom Bildungshintergrund der Eltern ab. Als Erklärung werden von VertreterInnen des Bildungssystems häufig die Schwierigkeiten in der Kooperation mit Eltern betont. Ein weiterer Grund liegt in der Verstärkung von sozialen Unterschieden durch die Segregation am Übergang in die Sekundarstufe 1 und durch Sprengelzuteilungen.

Bei der Bearbeitung von sozialer Ungleichheit stand bisher immer die Förderung von individueller Chancengerechtigkeit im Fokus. Ein Ziel für die Zukunft ist es, die Verringerung von sozialer Ungleichheit als gemeinschaftliche Aufgabenstellung zur Förderung des Gemeinwohls zu begreifen. Es muss stärker ins Bewusstsein gerückt werden, dass sich die fehlende Förderung von individuellen Potenzialen im Bildungssystem negativ auf das Gemeinwohl auswirkt. Die individuelle Förderung muss zudem mit Anerkennung verknüpft sein, damit Verbundenheit im Lebens- und Sozialraum entstehen kann.

### **Verknüpfung von Schul- und Freizeit durch Ganztagsbildungskonzepte**

Schulen verstehen sich bisher als eigene Subsysteme, die unabhängig vom Sozialraum für die

Vermittlung von Bildungsinhalten zuständig sind. Dabei wird die Wechselwirkung zwischen Schul- und Freizeit<sup>9</sup> übersehen. Für die Zukunft muss speziell an Schulstandorten mit besonderen Herausforderungen die Bildungsarbeit in der Schule stärker mit der Gemeinwesen-, Vereins- und Jugendarbeit verknüpft und abgestimmt werden. Hilfreich ist dabei die Entwicklung von Ganztagsbildungskonzepten, die die Verknüpfung von formellem und informellem Lernen in Schul- und Freizeit fördern.

### **Bildungscluster: Komplementäre Strategien und Angebote in Schul- und Erwachsenbildung**

Eine zentrale Herausforderung ist die Ausweitung des Bildungsverständnisses als Zusammenspiel zwischen Bildungsangeboten für Kinder und Erwachsene. Bisher ist die Förderung von Chancengerechtigkeit oft einseitig auf die Kinder fokussiert. Dies ist paradox, da die mangelnden Bildungsressourcen der Eltern einen entscheidenden Einflussfaktor für die mangelnde Chancengerechtigkeit der Kinder darstellen.

Es braucht deshalb in Zukunft komplementäre und abgestimmte Vorgangsweisen zwischen Schul- und Erwachsenenbildung, in der Angebote in der Erwachsenenbildung für Eltern in Kooperation mit den Bildungseinrichtungen der Kinder organisiert werden. Maßnahmen in der Erwachsenenbildung, wie z.B. spezifische Frauensprachkurse mit Kinderbetreuung, können in Kooperation mit Schulen angeboten werden und damit neue Formen der Elternkooperation unterstützen, die sich auch positiv auf den Lernerfolg der Kinder auswirken. Dieses Beispiel illustriert, wie durch handlungsfelderübergreifende Kooperationen Wirkungen von Maßnahmen erhöht werden können.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Burtscher-Mathis, Simon / Häfele, Eva (2018): Soziale Entmischung und ihre Bedeutung für das Verhältnis von Schul- und Freizeit. Forschungsbericht zum Freizeitverhalten von Jugendlichen an 7 Schulen der Sekundarstufe 1 in Vorarlberg. Die Studie ist unter dem folgenden Link herunterladbar:

<https://vorarlberg.at/documents/21336/366066/Schulzeit,+Freizeit+und+soziale+Entmischung/ed30908f-8ae0-409b-a778-d4f6c6905c77>

<sup>10</sup> Als Beispiel kann hier die Initiative in Telfs zur Errichtung eines Sprachfördernetzwerkes für Kinder angeführt werden.

## **Standards und Wirkungsdokumentation in der Sprachbildung und im Umgang mit Diversität**

Die quantitative Ausweitung von Maßnahmen zur Sprachförderung waren ein wichtiger Schritt. Die Herausforderungen in der nächsten Phase bestehen in der flächigen Implementierung von Standards für eine umfassende Sprachbildung<sup>11</sup> im Kontext von Mehrsprachigkeit und für den Umgang mit Diversität. Zudem muss diese Phase von einer Wirkungsdokumentation begleitet werden.

## **Qualifizierung von PädagogInnen**

Parallel zur Einführung von Standards braucht es eine flächige Qualifizierung der PädagogInnen in vorschulischen und schulischen Bildungseinrichtungen in den Bereichen Diversitätskompetenz und Sprachbildung im Kontext von Mehrsprachigkeit. Aktuell sind in Tirol ca. 4.800 PädagogInnen und AssistentInnen in 870 Kinderbetreuungseinrichtungen und Kindergärten und ca. 6.500 Lehrpersonen in Pflichtschulen und über 13.000 LehrerInnen insgesamt beschäftigt. Diese Zahlen belegen die Dimension der Herausforderung.

## **Indikatoren: Woran erkennen wir die Wirkung?**

**Für die Beobachtung der strukturellen Integration im Bildungsbereich können folgende Indikatoren genutzt werden:**

## **Antidiskriminierung**

Der Umgang mit Diskriminierung muss zu einem fixen Bestandteil der Führungs- und Schulkultur werden. Dies beinhaltet auch die Sensibilisierung für den Umgang mit kontroversiellen Themen<sup>12</sup> im Kontext von Diversität, die unterschiedliche Bewertung verschiedener Herkunftsgruppen und die Zusammenhänge zwischen Migration und sozialem Status.

## **Breiteres Bildungsverständnis und mehr Angebote für benachteiligte Zielgruppen**

Für die gesamtgesellschaftliche Integration empfiehlt sich ein breites Verständnis von Bildung als Wert an sich, unabhängig von Arbeitsmarkt und Verwertungslogik. Bildungsangebote sollten auch als Investitionen verstanden werden, die Folgekosten verhindern. Dafür braucht es ein breiteres Bildungsangebot, das auch bisher nicht erreichte Zielgruppen anspricht. Dies kann unter anderem gelingen, indem bereits vorhandene Kompetenzen (formelle und informelle Bildung) anerkannt und in der Angebotsplanung als potenzielle Interessensgebiete berücksichtigt werden.

- Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf nach Herkunftsgruppen
- Schüler in weiterführenden Schulen nach Herkunftsgruppen
- Frühe Schulabgänger und NEETs (Not in Education, Employment or Training) nach Herkunftsgruppen
- Beteiligungsquoten in der Erwachsenenbildung (LifeLongLearning) nach Herkunftsgruppen

<sup>11</sup> Vgl. 5 Bausteine einer umfassenden sprachlichen Bildung und Orientierungsrahmen zur Sprachentwicklung von okay. zusammen leben. Die Materialien sind unter <https://sprachelesen.vobs.at/index.php?id=655> herunterladbar.

<sup>12</sup> Vgl. Integrationspolitische Haltungen und Strategien im Umgang mit problematischen Entwicklungen und Milieus. Kenan Güngör und Eva Grabherr im Auftrag des Vorarlberger Landtags. Das Papier ist unter [https://vorarlberg.at/web/land-vorarlberg/contentdetailseite/-/asset\\_publisher/qA6AJ38txu0k/content/strategiepapier?article\\_id=314926](https://vorarlberg.at/web/land-vorarlberg/contentdetailseite/-/asset_publisher/qA6AJ38txu0k/content/strategiepapier?article_id=314926) herunterladbar.





## Handlungsfeld 4: Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Die Arbeitsmarktpositionierung ist stark von der Bildungslaufbahn und der erreichten Qualifizierung abhängig. Es ist deshalb sinnvoll, diese beiden Handlungsfelder in ihrer Wechselbeziehung zu betrachten. Denn die Förderung von Chancengerechtigkeit im Bildungssystem wirkt sich positiv auf die Positionierung am Arbeitsmarkt aus. Sowohl im Bildungssystem als auch am Arbeitsmarkt haben das Land und die AkteurInnen jedoch begrenzte Interventionsmöglichkeiten. Umso wichtiger ist es, sich bei der Zielsetzung der Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten bewusst zu sein.

### Befunde zum Ist-Stand

Die Ist-Stand-Analyse hat aufgezeigt, dass die Vernetzung der zentralen AkteurInnen (Landesregierung und Verwaltung, AMS, Sozialministeriumsservice und Sozialpartner) funktioniert und es abgestimmte Strategien und Vorgangsweisen zur Förderung der Arbeitsmarktintegration (z.B. im Rahmen von Förderungen im Europäischen Sozialfonds) von ausgewählten Zielgruppen gibt. Der Arbeitsmarkt in Tirol ist ausdifferenziert und bietet eine breite Palette an unterschiedlichen Möglichkeiten.

In der detaillierten Analyse bzgl. der Arbeitsmarktpositionierung in den „Daten zum Zusammenleben in Tirol“ zeigt sich, dass Menschen mit Migrationshintergrund seltener in qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt und umgekehrt stärker von Dequalifizierung, unsicherer Beschäftigung und unsozialen Arbeitszeiten betroffen sind. Dadurch nehmen sie insgesamt eine schwächere Position am Arbeitsmarkt ein.

Die Platzierung am Arbeitsmarkt ist zusammen mit dem Abschluss von Ausbildungen und dem Erwerb von Qualifizierungen eine zentrale Dimension der strukturellen Integration. Sie trägt damit ebenso wie der Bereich „Bildung und Qualifizierung“ zur Umsetzung der **Leitlinie „Gesellschaftliche Entwicklung benötigt individuelle Potenziale. Chancengerechtigkeit, Anerkennung und Verbundenheit fördern“** bei.

Dies ist unter anderem mit dem nach wie vor gegebenen Bedarf an unqualifizierten Tätigkeiten verbunden. Generell lässt sich ein Spannungsverhältnis zwischen dem Qualifizierungsbedarf für höher qualifizierte MitarbeiterInnen und dem Bedarf an unqualifizierten MitarbeiterInnen beobachten. Denn die Weiterqualifizierung von MitarbeiterInnen in unqualifizierten Tätigkeiten setzt oft voraus, dass es zunächst einen entsprechenden Ersatz für ihre Arbeitskraft gibt. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem steigenden Bedarf an Fachkräften wird dieses Spannungsverhältnis voraussichtlich weiter bestehen bleiben.

Für die Mehrheit der TeilnehmerInnen (69%) in der Online-Befragung im Rahmen der Erstellung des neuen Leitbildes sind die Angebote zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration nicht ausreichend. Inwieweit diese Beurteilungen auf Basis von detaillierten Kenntnissen der Angebote erfolgten, kann nicht beurteilt werden. Gefordert wird vor allem mehr individuelle Betreuung und Begleitung, die Möglichkeit einer Lehrausbildung

und die Öffnung des Arbeitsmarktes für AsylwerberInnen. Weiters ist der überwiegende Teil der Befragten (49%) mit der Qualität der Angebote zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von zugewanderten und geflüchteten Menschen

wenig zufrieden oder unzufrieden und glaubt nicht (76%), dass die Betriebe und Institutionen in Tirol ausreichend für die Wirkung und den Umgang mit Ausgrenzung und Diskriminierung sensibilisiert sind.

## **Ziele und Strategien: Was sind die zentralen Herausforderungen und wie können wir diese bewältigen?**

### **Qualifizierung und Weiterbildung im Erwerbsleben**

Der Übergang in den Arbeitsmarkt hängt von den konjunkturbedingten Bedarfen am Arbeitsmarkt und dem Qualifizierungsniveau der Arbeitssuchenden ab. Fortlaufende Qualifizierung und Weiterbildung im Erwerbsleben ist speziell für gering qualifizierte Personen wichtig. Letztere werden aber oft für die Ausführung von unqualifizierten Tätigkeiten benötigt und dementsprechend nicht in der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt. Es braucht deshalb neue Modelle, die Arbeit und Qualifizierung in einer Form miteinander verbinden, die sowohl für die ArbeitgeberInnen als auch die ArbeitnehmerInnen attraktiv sind. Mit der zunehmenden Automatisierung und Digitalisierung ergeben sich zudem sowohl für ArbeitgeberInnen als auch ArbeitnehmerInnen zusätzliche Qualifizierungsbedarfe.

### **Antidiskriminierung**

Eng mit der Positionierung am Arbeitsmarkt verbunden ist der Themenbereich Diskriminierung.

Der Zugang zu qualifizierten Tätigkeiten und Führungspositionen ist, wie die Zahlen zur Dequalifizierung<sup>13</sup> indirekt belegen, nach wie vor nicht nur von der Qualifizierung, sondern auch von sozialen Netzwerken und der ethnischen Herkunft abhängig.

### **Verringerung von Dequalifizierung und prekären Beschäftigungsverhältnissen**

Der Abbau von prekären, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere bei ArbeitnehmerInnen 50+ und die Verringerung des Anteils an Personen, die unter ihrem Qualifizierungsniveau beschäftigt werden, sind weitere wichtige Ziele für die strukturelle Integration im Arbeitsmarkt.

### **Schwerpunkte bei Förderbereichen für die Zukunft**

Im Handlungsfeld Arbeitsmarktintegration gibt es viele Maßnahmenbereiche. Die TeilnehmerInnen in der Online-Befragung wurden deshalb gefragt, welche der folgenden Bereiche ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren besonders wichtig sind. Die Bereiche wurden nach der Summe der Antworten mit sehr wichtig und wichtig geordnet (in %, n= 237, Skala 1 sehr wichtig bis 5 nicht wichtig; in der Tabelle sind nur Antworten mit 1 sehr wichtig und 2 wichtig abgebildet).

---

<sup>13</sup> siehe Gächter, August (2019): Daten zum Zusammenleben in Tirol 2019 unter [www.tirol.gv.at/integration](http://www.tirol.gv.at/integration)

	Sehr wichtig	wichtig	Summe
zielgruppen- und bedarfsorientierte Programme zur Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- oder Migrationshintergrund	70	24	94
zielgruppen- und bedarfsorientierte Programme zur Arbeitsmarktintegration von Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen	65	28	93
Weiterbildungen für Betriebe im Umgang mit Diversität und Diskriminierung	57	35	92
niedrigschwellige Arbeitsprojekte zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen	65	26	91
Antidiskriminierungsmaßnahmen	58	33	91
begleitende Qualifizierungsmaßnahmen für bereits Erwerbstätige mit Flucht- oder Migrationshintergrund	49	41	90
spezifische Sprachkurse für Deutsch am Arbeitsplatz	57	33	90

Alle genannten Bereiche werden zumindest von 90% der Befragten für sehr wichtig oder wichtig erachtet. Die Unterschiede zwischen den Bereichen sind gering. Am allerhöchsten ist die Zustimmung bei den zielgruppen- und bedarfs-

orientierten Programmen zur Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- oder Migrationshintergrund und von Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen.

## Ergänzende Strategien und Massnahmen

Der komplexen und umfangreichen Fragestellung zur Arbeitsmarktintegration entsprechend wurden in der Online-Befragung und den Fokusgruppen unterschiedliche Strategien und Maßnahmen erwähnt. Im Folgenden werden ausgewählte strategische Ansatzpunkte punktuell skizziert, die in den nächsten Jahren verfolgt werden können.

### Zusammenarbeit mit Eltern zur Sensibilisierung für Ausbildungs- und Karriere-möglichkeiten der Kinder

#### Zielgruppenspezifische und auf die regionalen Bedarfe abgestimmte Bildungsangebote

- Individuelle Bedürfnisse, Kompetenzen und Vorbildung differenziert berücksichtigen
  - Unterscheidung der spezifischen Anforderungen für die Qualifizierung von ArbeitsmigrantInnen und Geflüchteten

- Angebote mit regionalem Bedarf (Stadt/Land) abstimmen – Aktive Kooperation der Unternehmen einfordern
- Grundqualifizierung fördern: größeres Angebot an Pflichtschul- und Basiskursen
- Deutschkenntnisse verbessern: Angebot muss zu den konkreten Qualifizierungsbedarfen passen (Arbeits- und Fachsprache, Umfeld Stadt/Land etc.)
- Digitalisierung: Medienkompetenzen fördern und Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten, die Aufstieg/Wechsel von zukünftig obsoleten Arbeitsplätzen ermöglichen

### **Individuelle Betreuung durch Begleitpersonen**

- Qualitative Beratungs- und Begleitstrukturen ausbauen

### **Indikatoren: Woran erkennen wir die Wirkung?**

#### **Für die Beobachtung der strukturellen Integration am Arbeitsmarkt empfehlen sich insbesondere folgende Indikatoren:**

- Beschäftigungsquoten nach Herkunftsgruppe, Bildungsstand, Geschlecht und Alter

- Längerfristige Betreuung mit Kontaktaufnahme in unterschiedlichen Zeiträumen für dauerhafte Beschäftigung
- Vertrauensbildung: keine Differenzierung zwischen AsylbewerberInnen und -berechtigten bei der Anlaufstelle

#### **Anerkennungs- und Nostrifizierungsprozess von Abschlüssen vereinfachen: Information und Unterstützung von Personen und Unternehmen**

- Widersprüchliche gesetzliche Regelungen bei zuständigen Behörden sichtbar machen, die Karriere mit ausländischem Abschluss unmöglich machen
- Arbeitgebern Informationen bieten, in welchen Bereichen Nostrifizierung notwendig ist

- Anteile an Erwerbspersonen in qualifizierten und dequalifizierten Tätigkeiten nach Herkunftsgruppe, Bildungsstand, Geschlecht, Alter
- Beteiligungs- und Qualifizierungszahlen in Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen nach Herkunftsgruppe, Bildungsstand, Geschlecht, Alter

# Handlungsfeld 5: Gesundheit und Soziales

Die strukturelle Ebene von Sozialintegration setzt einen gleichberechtigten Zugang zu den Ressourcen der Gesellschaft voraus. Neben dem Bildungswesen und dem Arbeits- und Wohnungsmarkt betrifft dies auch den Gesundheits- und Sozialbereich. Festzuhalten ist, dass die Bevölkerung abhängig von Bildungshintergrund und Einkommen unterschiedliche Zugänge zu Gesundheits- und Beratungsressourcen hat und auch unterschiedlich über die Angebotsstrukturen informiert ist. Aktuelle Leitideen des modernen Gesundheitswesens, wie z.B. die Vorsorgemedizin oder die Work-Life-Balance sind bisher vor allem in besserverdienenden und höher gebildeten Teilen der Bevölkerung im Bewusstsein verankert. Die flächige Vermittlung der mit diesen Ideen verbundenen Anforderungen an den Lebensstil (Arbeit, Ernährung etc.) ist eine ebenso große Herausforderung, wie die Vermittlung der Angebote und Möglichkeiten für die unterschiedlichen

Zielgruppen. Zugewanderte und geflüchtete Personen haben aufgrund ihrer Lebensgeschichte, spezifischer Arbeitsbelastungen und den mit dem Integrationsprozess verbundenen Anstrengungen zusätzliche physische und psychische Belastungen zu bewältigen.

Ein gleichberechtigter Zugang zum Gesundheits- und Sozialsystem setzt deshalb einerseits die Kenntnis der Einrichtungen und Angebote auf Seiten der PatientInnen und KlientInnen voraus. Andererseits müssen Kenntnisse über die spezifischen Bedarfe von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund bei Angeboten berücksichtigt werden. Die Strategien und Umsetzungen im Handlungsfeld Gesundheit und Soziales tragen zur Umsetzung der **Leitlinie „Gesellschaftliche Entwicklung benötigt individuelle Potenziale. Chancengerechtigkeit, Anerkennung und Verbundenheit fördern“** bei.

## Befunde zum Ist-Stand

Zum Gesundheits- und Beratungsbedarf von Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Gruppe ohne Migrationshintergrund in Tirol liegen keine Studien vor. Die vorhandenen Befunde basieren auf Erfahrungswissen aus Beratungs- und Gesundheitseinrichtungen.

Festzustellen ist insbesondere ein großer Unterschied in der Versorgung abhängig vom Wohnort. Viele Kompetenzstrukturen sind ausschließlich im Zentralraum Innsbruck vorhanden bzw. zugänglich. Dies betrifft spezifische Angebote wie z.B. traumaspezifische Psychotherapien ebenso wie den Zugang zu Beratungs- und Gesundheitsleistungen mit Dolmetschung.



## **Ziele und Strategien: Was sind die zentralen Herausforderungen und wie können wir diese bewältigen?**

Ein wichtiger Entwicklungsschritt für die gezielte Planung und Entwicklung von Angeboten ist die Erhebung von Zahlen und Daten zu den spezifischen Belastungen und Bedarfen.<sup>14</sup> Langfristig ist die Ungleichheit in der Versorgung im Beratungs- und Gesundheitssystem zu verringern. Dies betrifft insbesondere die Unterschiede in der Versorgung in städtischen und ländlichen Gebieten und den sprachbarrierefreien Zugang zum Gesundheitssystem.

Im Folgenden werden ausgewählte strategische Ansatzpunkte punktuell skizziert, die in den nächsten Jahren verfolgt werden können.

### **Beratungs- und Gesundheitskompetenz zielgruppenspezifisch fördern**

- Informationen über das österreichische Beratungs- und Gesundheitssystem vermitteln
- Spitäler, ÄrztInnen etc. über diversitätsrelevante Aspekte und spezifische Beratungs- und Behandlungsbedarfe (z.B. Umgang mit weiblicher Genitalverstümmelung) informieren

## **Indikatoren: Woran erkennen wir die Wirkung?**

Kurzfristig können Evaluierungen auf Angebots-ebene als Indikatoren für die Erreichung von

### **Psychologische Krisenintervention auf allen Ebenen**

- Es braucht ausreichend stationäre und ambulante Angebote
- Weiterbildung sichern: Im Bereich Sucht und Suizid ist für Betreuungs- und Beratungspersonen alle 7 Jahre eine Weiterbildung notwendig. Dafür muss eine Finanzierung gegeben sein

### **Personengruppenspezifische Gesundheitsangebote**

- Ausreichend Plätze für Traumatherapien und Weiterbildungsangebote für die spezifischen Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit DolmetscherInnen
- Prävention stärker fokussieren (wie z.B. Projekt zur Verbesserung des Zahnzustands türkischstämmiger Kinder)
- Vernetzungen und Strukturen für die zielgruppenspezifische Abstimmung von Angebot und Nachfrage aufbauen

### **Mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Heilberufe**

- Es gibt einen großen Bedarf an zusätzlichen AbsolventInnen im Bachelor FH Gesundheit. Dazu sollen mehr Ausbildungsplätze finanziert werden.
- In der Ausbildung müssen Überschneidungen zwischen Problemfeldern wie z.B. Migration und Behinderung entsprechend behandelt werden.

Zielgruppen und die Wirksamkeit von Maßnahmen eingesetzt werden. Langfristig wäre eine Planungs- und Entwicklungsstrategie auf Basis von zielgruppenspezifischen Daten wünschenswert. Dies setzt eine Kooperation der Krankenversicherungsanstalten mit den Trägern von Angeboten voraus.

<sup>14</sup> Siehe dazu die Ausführungen zu möglichen Datenauswertungen im Bereich Gesundheit im Bericht von August Gächter (2019) „Daten zum Zusammenleben in Tirol 2019“, der unter [www.tirol.gv.at/integration](http://www.tirol.gv.at/integration) herunterladbar ist.

## Handlungsfeld 6: Wohnen und Freizeit

Wohnen ist ein Grundbedürfnis für alle Menschen, der Zugang zum Wohnungsmarkt ist aber nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleich. Abhängig von Alter, Einkommen, Familienverhältnissen (Familie, Alleinerziehend, Single etc.) und Herkunft ergeben sich unterschiedliche Wohnraumbedarfe und unterschiedliche Möglichkeiten, diese zu befriedigen. Für einen möglichst gleichberechtigten Zugang zu Wohnraum zu sorgen ist eine sozialpolitisch große Herausforderung, die insbesondere in städtischen Lebensräumen mit Zuzug in ganz Europa seit über 100 Jahren ein andauerndes Thema ist.

Die damit verbundenen komplexen Fragestellungen können in einem Integrationsleitbild nicht ausreichend bearbeitet werden. Möglich ist lediglich ein Überblick über die zentralen Problemlagen und Strategien für deren Bearbeitung.

Eng verbunden mit dem Wohnumfeld sind Möglichkeiten für die Gestaltung von Freizeit. Abhängig von der Anbindung im Sozial- und Lebensraum im Wohnquartier ergeben sich unterschiedliche Gelegenheitsstrukturen für die Freizeitgestaltung, was insbesondere für die Integration von Familien und ihren Kindern von Bedeutung ist. In Freizeitaktivitäten schaffen wir Beziehungsnetzwerke und erfahren Zugehörigkeit. Kontakte in der Freizeit wirken sich wesentlich auf die soziale und identifikative Dimension von Integration aus. Die Strategien im Handlungsfeld „Wohnen und Freizeit“ dienen deshalb der Umsetzung der **Leitlinie „Kooperation stärkt Zusammenhalt. Perspektivenwechsel von den Unterschieden zu den Gemeinsamkeiten“**. Über die Erfahrung von gemeinsamen Bedürfnissen im Wohn- und Freizeitbereich können Unterschiede überbrückt und der Zusammenhalt und die Verbundenheit gestärkt werden.

## Befunde zum Ist-Stand im Wohnbereich

Der Wohnungsmarkt in Tirol ist in den städtischen und touristischen Ballungsräumen und insbesondere im Zentralraum Innsbruck durch eine starke Nachfrage und hohe Mietpreise gekennzeichnet. Dies erschwert einkommensschwachen Gruppen den Zugang zu leistbarem Wohnraum, wovon zugewanderte oder geflüchtete Menschen besonders stark betroffen sind. Speziell am privaten Wohnungsmarkt werden sie oft zusätzlich aufgrund ihrer Herkunft ausgeschlossen bzw. diskriminiert. In der Konsequenz wohnen viele in zu teuren Wohnungen mit geringem Standard und beengten Verhältnissen. Dass der Zugang zu genossenschaftlichen Wohnungen einen mehrjährigen Wohnsitz am Standort voraussetzt, stellt für viele zugewanderte und geflüchtete Menschen eine Hürde dar. Eine in der öffentlichen Diskussion zum Wohnungsbedarf kaum wahrgenommene

## Befunde zum Ist-Stand zu Freizeitgestaltung und Teilhabe

Durch die Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Freizeitmöglichkeiten hat sich die Freizeitgestaltung und die Teilhabe am Gemeinschaftsleben in den letzten Jahrzehnten stark pluralisiert. Während früher viele Menschen von ihrer Jugend bis zur Pension in den gleichen Vereinen aktiv waren und sich damit über Jahrzehnte in Gemeinschaftsstrukturen eingefügt haben, sind heute viele Menschen in keinem Verein aktiv bzw. wechseln ihre Mitgliedschaften abhängig von ihren Interessen im Laufe des Lebens mehrfach. Damit

aber besonders stark betroffene Bevölkerungsgruppe sind die Wohnungslosen. In einzelnen Städten bzw. Regionen (Innsbruck, Unterland) gibt es Erhebungen zur Anzahl der betroffenen Personen sowie Einrichtungen mit Beratungs- und Betreuungserfahrungen.

Die Analysen im Bericht „Daten zum Zusammenleben in Tirol 2019“<sup>15</sup> zu den Anteilen der in Haus- oder Wohnungseigentum lebenden Bevölkerung zeigen, dass Personen mit Eltern aus Österreich und EU/EFTA Staaten deutlich häufiger in Eigentumsverhältnissen wohnen als Personen mit Eltern aus der Türkei und sonstigen Staaten. Umgekehrt ist bei Personen mit Eltern aus der Türkei oder sonstigen Staaten der Anteil an im gemeinnützigen Wohnbau lebenden Personen höher als bei Personen mit Eltern aus Österreich oder EU/EFTA Staaten. In dieser unterschiedlichen Verteilung der Wohnungsverhältnisse spiegeln sich Erbschafts- und Einkommensverhältnisse wider, die in bestimmten Stadt- und Ortsteilen mit Segregation verbunden sein können.

verbunden sind veränderte Formen von Gemeinschaftsstrukturen, die sich durch eine stärkere Individualisierung und Pluralisierung auszeichnen. Das Freizeitverhalten und die Partizipation von Menschen innerhalb eines Wohnorts ist heute abhängig von Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund, sozialer, ethnischer und religiöser Herkunft sehr unterschiedlich.

Für zugewanderte Menschen und ihre Familien wird die Teilhabe an gemeinschaftlichen Aktivitäten am Wohnort oft durch den berufs- oder wohnraumbedingten Ortswechsel zusätzlich erschwert. Die Integration in Gemeinschaftsstrukturen vor Ort hängt stark von sozialen Netzwerken ab, die meistens über Jahrzehnte bzw. Generationen gewachsen sind und neu Zugewanderten daher nicht so einfach zur Verfügung stehen.

---

<sup>15</sup> Siehe dazu die Ausführungen zum Bereich Wohnen im Bericht von August Gächter (2019) „Daten zum Zusammenleben in Tirol 2019“, der unter [www.tirol.gv.at/integration](http://www.tirol.gv.at/integration) herunterladbar ist.

## Ziele: Was sind die zentralen Herausforderungen?

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen gibt es bei der Wohn- und Sozialraumplanung zwei zentrale Ziele zu verfolgen, die miteinander in Beziehung stehen. Zum einen muss die Ungleichheit im Zugang zum Wohnungsmarkt verringert und die Bedürfnisse von unterschiedlichen Zielgruppen (Alter, Familienstand, Einkommensverhältnisse etc.) berücksichtigt werden.

Eine große Herausforderung liegt dabei im Spannungsverhältnis zwischen dem Bedarf nach einer

Senkung der Wohnkosten und dem gleichzeitig steigenden Bedürfnis nach höherer Wohnraumqualität. Aufgrund der Komplexität dieser Fragestellung können langfristige Lösungsstrategien dafür jedoch nicht in einem Integrationsleitbild aufgezeigt werden, sondern müssen als Teil der Raum-, Wohnbau- und Sozialplanung des Landes behandelt werden. Zum anderen muss Segregation im Wohnbereich vermieden werden. Dafür braucht es auf kommunaler Ebene sowohl eine langfristige Wohnraumplanung, die die demographische Entwicklung und die unterschiedlichen Ansprüche und Bedarfe in verschiedenen Lebensphasen berücksichtigt, als auch gezielte Siedlungs- und Gemeinwesenarbeit, die Teilhabe und Einbindung in Gemeinschaftsstrukturen vor Ort fördert.

## Strategien: Wie können wir das bewältigen?

Umfassende Strategien für dieses herausfordernde Handlungsfeld sind in Abstimmung mit anderen Verwaltungsbereichen zu entwickeln, insbesondere der Raumplanung und den Abteilungen für Wohnung und Bauen sowie unterschiedlichen Bereichen der Abteilung Soziales. Im Folgenden können deshalb nur einzelne wichtige strategische Ansatzpunkte skizziert werden, die in den nächsten Jahren berücksichtigt werden sollten. Für diesen Bereich empfiehlt sich insbesondere ein Schwerpunkt bei Strategien zur kommunalen Siedlungs- und Gemeinwesenarbeit.

### **Anerkennung der Bedeutung von Wohnen für soziale Teilhabe und Verbundenheit**

- Wohnen als existenzielles Grundbedürfnis und Voraussetzung für Teilhabe im Lebensraum anerkennen
- Soziale Teilhabe im Lebensraum für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen bei der Wohnraumplanung mit berücksichtigen
- Wohnortwechsel für Flüchtlingsfamilien durch Verwaltungsvorgaben vermeiden, um soziale Einbindung nicht zu zerstören

### **Überregionale Planung von Bauvorhaben und Wohnraumverteilung**

- Gemeinden in Entscheidungsprozesse miteinbeziehen (Spezifitäten Stadt - Land)
- Bauvorhaben müssen Auswirkungen auf den Sozialraum / das Gemeinwesen berücksichtigen.
- Spezifische Voraussetzungen der Bedarfsgruppen berücksichtigen (Geflüchtete, Migration vom In- und Ausland, bisher Wohnungslose etc.)

### **Zielgruppenspezifische Angebote für Wohnraum schaffen**

- Leistbaren Wohnraum schaffen (Mietpreisbremse, Förderungen)
- Start-, Übergangs- und Notwohnungen mit niedrigen Preisen und Standards als Auffangnetz für von Wohnungslosigkeit betroffene Personen und professionelle Begleitstrukturen für den Übergang in gesicherte Wohn- und Existenzverhältnisse
- Notschlafstellen für Frauen und Kinder

### **Professionelle und ebenenübergreifende Betreuung bei der Wohnungssuche**

- längerfristige Betreuung, z.B. als Ansprechpartner auch nach Übergang von betreutem Wohnen in privaten Wohnungsmarkt
- Beratung und Unterstützung direkt im Wohnumfeld in verschiedenen Sprachen
- Breitere Zugänglichkeit (z.B. auch für Erwerbstätige) ermöglichen

### **Selbstständigkeit fördern**

- Kenntnisse über rechtliche & organisatorische Bestimmungen im Wohnbereich vermitteln
- Geduld: Menschen Zeit gewähren, um österreichische Gepflogenheiten und Regularien kennenlernen zu können (z.B. Mülltrennung, Hausordnung)
- Selbstständigkeit bereits in Heimen fördern, um den Übergang in die eigene Wohnung zu unterstützen

### **Partizipation der Bevölkerung bei Stadt- und Gemeindeplanung**

- BewohnerInnen (inkl. Zugewanderte etc.) in Prozesse integrieren und diskutieren, wie soziale Segregation vermieden werden kann

### **Gemeinwesen- und Vereinsarbeit**

- Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit zur Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten in der Freizeit, die Teilhabe und Beziehungen im Wohn- und Lebensraum fördern
- Vereine als AkteurInnen der Gemeinwesenarbeit einbinden und bei Öffnungsprozessen für neue Zielgruppen unterstützen
- Binnenmigration als Herausforderung für Kommunen aktiv bearbeiten

## **Indikatoren: Woran erkennen wir die Wirkung?**

### **Für die Beobachtung der Integration am Wohnungsmarkt und der Freizeit empfehlen sich insbesondere folgende Indikatoren:**

- Anteil an Personen mit Wohnungseigentum und im Genossenschaftswohnbau nach Herkunftsgruppen
- Dokumentation von Initiativen und guter Praxis zur Förderung von Teilhabe, Begegnung und Durchmischung in der Freizeit

